

DAS STILLE WÖRTCHEN

GEMEINSAM STATT G20 – DEMOKRATISCH WIRKEN FÜR FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT

Aufruf zur Demonstration am 19. April 2017 gegen den G20-Gipfel

Am 7./8. Juli 2017 sollen auf Einladung der Bundesregierung Vertreter*Innen der 20 größten Wirtschafts- und Schwellenländer in Hamburg zusammenkommen. Diese Zusammenkunft steht für eine erschöpfte Gesellschaftskonzeption: Austerität, Krieg, Armut, Überwachung, Umweltzerstörung und Burnout. Dementgegen engagieren wir uns für „Abrüstung und friedliche weltweite Beziehungen, für sinnvolle Arbeit und sozialen Fortschritt, für Bildung, Kultur und Gesundheit und für eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Vielfältig engagieren wir uns: Für den Stopp von Privatisierungen, gegen teure Inszenierungen von Glanz und Gloria, für echte Demokratie, für die Erneuerung von Sozialstaatlichkeit. Das verbindet uns mit Menschen in der ganzen Welt.“ (aus dem Demo-Aufruf) Deswegen treten wir dafür ein, dass der G20-Gipfel in Hamburg nicht stattfindet und tragen unsere Kritik und unsere gesellschaftlichen Alternativen auf die Straße! „There is no Alternative!“ ist keine Alternative!

Also kommt mit uns auf die Straße am Mittwoch, den 19.4., um 17 Uhr am Jungfernstieg! Gemeinsam statt G20! Mehr Informationen unter Gemeinsam-statt-G20.de

AUFRUF ZUM THEMENSEMESTER: GEMEINSAM STATT G20

Am 7./8. Juli 2017 soll in unmittelbarer Nachbarschaft zur Uni der G20-Gipfel stattfinden. Angesichts der drohenden Ausmaße des Gipfels mit tausenden Teilnehmer*Innen und der hunderttausenden Gegendemonstrant*Innen für internationale Solidarität wird sich die Universität Hamburg – schon rein geografisch betrachtet – inmitten des Geschehens rund um G20 befinden. Wie im Leitbild der Uni gefasst, ist unsere Hochschule „ein öffentlicher Raum der kulturellen, sozialen und politischen Auseinandersetzung.“

In diesem Sinne wollen wir euch alle dazu aufrufen, „G20“ als Institution, die Austragung des Gipfels in Hamburgs Innenstadt und die damit in Verbindung stehenden „epochaltypischen Schlüsselprobleme“ (Klafki) – globale soziale Ungleichheit, Krieg/Frieden, Flucht und Migration, Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen – im kommenden Semester verstärkt zu diskutieren. Lasst uns in Seminaren, Lesekreisen, Diskussionsveranstaltungen, Forschungszusammenhängen, Fachschaftsräten etc. mit dem auseinandersetzen, was uns ohnehin beschäftigt, und dem Lernen einen Sinn geben: gemeinsam die realen Probleme in ihrer widersprüchlichen Entstehung und Aktualität verstehen, um sie lösend zu bearbeiten. So mischen wir uns gesellschaftlich ein!

Fragen können sein: In welchem geschichtlichen Kontext sind die G20 entstanden? Wie steht es um die völkerrechtliche Legitimität der G20 und ihrem Verhältnis zu den Vereinten Nationen? Welche Rolle spielt die „Group of Twenty“ für eine weltweite friedliche Entwicklung? Vor welchen Herausforderungen steht die Weltgemeinschaft für die Entwicklung einer global nachhaltigen Ökonomie? Wie kann das Menschenrecht auf Gesundheit überall realisiert werden? Wie kann die Arbeit der UNO unterstützt und ausgebaut werden?

Um die Antworten auf diese und weitere Fragen zusammenzutragen und zu diskutieren, wollen wir vom 5. bis 7. Juli 2017 – kurz vor dem Gipfel – akademische Tage anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg veranstalten. Die Uni kann damit Ort von Solidarität, Weltoffenheit und Vielfalt sein und die Menschen aus aller Welt auf den Campus einladen, daran mitzuwirken.

Wir haben als ASTa ein Koordinationsbüro für das Themensemester eingerichtet, das euch unterstützen soll und die verschiedenen Aktivitäten sammelt, zugänglich macht und die

akademischen Tage im Juli koordiniert. Schreibt gerne eine Mail an GemeinsamStattG20@asta-uhh.de oder kommt vorbei!

MARCH FOR SCIENCE

Eine der ersten Amtshandlungen von US-Präsident Donald Trump war die Ankündigung, die staatliche Förderung der Geisteswissenschaften zu streichen. Dies war der vorläufige Höhepunkt einer auf Lügen, Mythen und „alternativen Fakten“ basierenden Kampagne zur Rettung der Macht des ökonomischen und politischen Establishments. Ähnliche Bestrebungen wie in den USA lassen sich auch in Deutschland beobachten. Je deutlicher die sozialen Widersprüche werden, desto aggressiver müssen diese als „natürlich“ und damit „unveränderlich“ dargestellt werden. Wissenschaft, die sich „als Prozeß der Selbstbefreiung des Menschen durch Aufklärung“ (Rudi Dutschke) begreift ist dagegen eine zentrale Waffe, sich als Bevölkerung den gemeinsamen Interessen und der eigenen Handlungsfähigkeit bewusst zu werden.

US-amerikanische Wissenschaftler*Innen, sowie freie Organisationen und Verbände, rufen zu einem „March of Science“ am 22. April 2017 auf, der sich für eine Wertschätzung von Wissenschaft und gegen die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit (u. a. USA und Türkei) wendet. Sie bilden damit zusammen mit anderen Protesten eine breite, zivilgesellschaftliche Bewegung für Gesundheit, Bildung und menschwürdige Entwicklung für alle. Selbstkritisch schreiben sie, dass Wissenschaft aus den Laboren und Journals herauskommen und in den Alltag der Menschen getragen werden muss.

Wissenschaft sollte also mutiger in ihren Erkenntniszielen auf die progressive Veränderung der Welt orientiert sein. Sie muss dafür die Welt mit all ihren Widersprüchen erkennen und sich im Verhältnis von Geschichte und Gegenwart begreifen. Erst fundiertes Wissen macht gesellschaftlich sinnvolle und lösungsorientierte Politik möglich. Dafür müssen sich aber auch dringend die Bedingungen wissenschaftlicher Tätigkeit verbessern: eine Ausfinanzierung der Hochschulen, Demokratisierung und progressive Studienreform sind dringend nötig!

Wir rufen deshalb alle dazu auf, am 22. April 2017 um 14 Uhr auf dem Rathausmarkt für freie, emanzipatorische Wissenschaft hier in Hamburg und überall, gemeinsam auf die Straße zu gehen und sich so und darüber hinaus solidarisch für eine gesellschaftlich eingreifende Wissenschaft einzusetzen.

GEMEINSAM statt G20

Demo am 19.4.17, 17 Uhr, Start: Jungfernstieg



REFORM DES LEHRAMTSSTUDIUMS: INKLUSION NUR AN STADTTEILSCHULEN?

Nachdem eine Expertenkommission die Lehramtsstudiengänge der Uni Hamburg evaluiert hat, stellte sie am 19. Januar ihre Empfehlungen vor: U. a. sollen zukünftig in drei Lehramtsstudiengängen für Grundschule, Stadtteilschule und Gymnasium spezifische Lehrkräfte ausgebildet werden.

In dem Gutachten ist von einer „sehr heterogenen Schülerschaft“, aufgrund derer die entsprechenden Lehrkräfte sich „besonderen fachlichen und pädagogischen Herausforderungen“ stellen sollen, die Rede. Dass es ein Problem bei der Umsetzung einer „Schule für alle“ gibt, ist schon eine Weile klar. Im Juni 2016 stellten 51 der 59 Stadtteilschulleiter*Innen Hamburgs klar, dass die weiterführenden Schulen sich immer weiter in Elite und Rest aufspalten. Der Gedanke einer inklusiven Schule geht dabei verloren. Die Empfehlung, diese Spaltung in der Lehrerbildung festzuschreiben, ist der falsche Weg. „Eine Schule für alle“ wird nicht dadurch Realität, dass die Gräben vertieft werden, sondern dadurch, dass man die Schulen auch in der Praxis für alle öffnet. Dazu ist eine vernünftige Finanzierung der Schulen ebenso notwendig wie ein Ende des Elite-Gedankens, der bei vielen hinter der Forderung nach dem Erhalt der Gymnasien steckt.

Mehr Informationen unter asta-uhh.de/lehramtsreform

SEMESTERBEITRAG: DER HVV ERHÖHT DIE PREISE

Mobilität, und damit ein Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr für alle, gehört zu den Grundrechten. Aus diesem Grund wird der HVV von staatlicher Seite unterstützt. Seit einigen Jahren ist dieser Beitrag von Seiten des Hamburgischen Senats jedoch eingefroren. Das große „Argument“: Die Schuldenbremse. Jegliche Erhöhung von Ticketpreisen wird nur noch von den Nutzer*Innen getragen. Deswegen wird der Preis des Semestertickets vom HVV jährlich erhöht. Während Modelle des kostenfreien ÖPNV diskutiert und anderenorts umgesetzt werden, sorgt die Haltung des Hamburgischen Senats dafür, dass alle, aber vor allem wirtschaftlich schlechter Gestellte, hinsichtlich ihrer Mobilität immer stärker eingeschränkt werden. Damit geht

eine immer stärkere Ökonomisierung dessen einher, was eigentlich in die öffentliche Hand gehört. Was durch die Forderung nach dem Rückkauf der Stromnetze und einer Rekommunalisierung der Hamburger Krankenhäuser deutlich wird, gilt auch für den ÖPNV: Grundrechte der Menschen dürfen nicht kommerziell ausgebeutet werden, sondern müssen für alle zugänglich bleiben! Deswegen setzen wir uns mit vielen Aktiven für eine sozial gerechte Mobilität für alle ein.

HEUTE VOR 55 JAHREN

Im März 1962 fordern 15 westdeutsche Professoren ein gesetzliches Verbot der Mensur vom Bundestag. Bei der Mensur handelt es sich um einen ritualisierten Fechtkampf mit scharfen Waffen zwischen zwei Mitgliedern von Studentenverbindungen, die häufig Hüter reaktionären Gedankengutes waren und sind. Unter den fordernden Professoren befinden sich der Hamburger Altphilologe Bruno Schnell (1951-1953 Rektor der Universität Hamburg) und der Hamburger Pädagoge Wilhelm Flitner, der seit der Zeit der Weimarer Republik ein wichtiger Reformpädagoge ist. Begründet wird die Forderung damit, dass „Mensuren gegen die heutige Moral zivilisierter Völker verstoßen“.

Von 1945 bis 1953 war die Mensur durch einen Kontrollratsbeschluss verboten. 1953 hob der Bundesgerichtshof das Verbot auf. 1962 gehören rund 10% der Studenten in der BRD einer schlagenden Verbindung an. Im Mai 1962 führt der ASTa eine gut besuchte Podiumsdiskussion zu dem Thema durch.

(Nach: S. Micheler/J. Michelsen (Hrsg.): *Studentische Gegenstandschrift des ASTa der Uni Hamburg zum Universitätsjubiläum 1994*. S. 82.)

TERMINE

- 24.03. **Anti-G20-Basteln und damit Campus-Verschönern**, 14 Uhr, Treffpunkt: ASTa
- 28.03. **Philturm-Plenum**, 19 Uhr, voraussichtl. Raum 972, Philturm
- 06.04. **Akademischer Senat**, 14 Uhr, ESA W, Raum 221
- 06.04. **StuPa**, 18 Uhr, Raum: Hörsaal HWP (VMP 9)
- 19.04. **Demo: Gemeinsam statt G20**, 17 Uhr, Start: Jungfernstieg
- 20.04. **StuPa**, 18 Uhr, Raum: 0029, VMP 5
- 22.04. **March for Science**, 14 Uhr, Rathausmarkt

